

Antrag

der Fraktion der CDU/CSU

70. Jahrestag des DDR-Volksaufstandes am 17. Juni 1953 – Gedenken an Opfer von Widerstand und Opposition – Würdigung von Freiheitsbewegungen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der 17. Juni 1953 ist ein historischer Tag in der Geschichte Deutschlands und Europas.

Über eine Million Menschen gingen an diesem Tag in über 700 Städten in der DDR auf die Straße und forderten den Rücktritt der Regierung, freie Wahlen und die deutsche Einheit. Mehr als zwei Millionen Menschen waren bereits zuvor aus der DDR in die Bundesrepublik Deutschland, in die Freiheit, geflohen. Doch die Hoffnung der DDR-Bürger auf Freiheit in einem vereinten Deutschland wurde am 17. Juni 1953 durch den militärischen Einsatz sowjetischer Panzer und Soldaten niedergeschlagen. Die sowjetische Militäradministration übernahm die Regierungsgewalt, verkündete das Kriegsrecht und verhängte in 167 von 217 Landkreisen den Ausnahmezustand. Bei der gewaltsamen Niederschlagung der Massenproteste wurden mindestens 55 Menschen getötet. Auf Anweisung der SED-Führung wurden von der Staatssicherheit in der Folgezeit 15.000 Demonstranten festgenommen. Etwa 1.800 wurden von der politisch gelenkten Justiz zu hohen Haftstrafen verurteilt. Wir haben die Verpflichtung, dieser Opfer und der mutigen Demonstranten zu gedenken. Der 17. Juni 1953 verdient einen dauerhaften Platz in unserer gesamtdeutschen Erinnerungskultur.

Die gescheiterte Freiheitsbewegung am 17. Juni 1953 hinterließ in der DDR-Bevölkerung tiefe Spuren der Angst und Hoffnungslosigkeit. Die DDR war ein Unrechtsstaat. Die DDR war eine Diktatur, in der Menschenrechte willkürlich verletzt wurden. Andersdenkende wurden verfolgt, unzählige Biografien gebrochen. Viele wurden Opfer von Haft, Verfolgung, Zwangsarbeit, Berufsverboten und Repression. Der 17. Juni 1953 steht auch für alle Menschen, die sich nach dem Scheitern des Volksaufstandes weiterhin aktiv und mutig in der Oppositions- und Widerstandsbewegung gegen das System stellten und die Opfer dieser Diktatur wurden. Beispielhaft dafür steht der jugendliche Widerstand des Eisenberger Kreises. Sowohl das vom Deutschen Bundestag beschlossene Mahnmal für die Opfer des Kommunismus als auch das Forum für Opposition und Widerstand sollen diese Standhaftigkeit im nationalen Gedächtnis würdigen.

Zugleich bildet der 17. Juni 1953 den Auftakt zu einem wachsenden Widerstand gegen die kommunistischen Diktaturen in Mittel- und Osteuropa. Auch dort wurden in vielen Staaten und Regionen das jahrzehntelange Streben nach Freiheit durch die sowjetische Vorherrschaft gewaltsam niedergeschlagen. Die Proteste in der DDR im Jahr 1968, die maßgeblich von jungen Menschen angeführt wurden, spielen eine wesentliche Rolle für die Konfliktgeschichte der DDR.

Erst durch die friedlichen Revolutionen in Osteuropa vom Baltikum über Polen bis Südosteuropa und den Fall des Eisernen Vorhanges 1989/1990 ging der Wunsch nach Freiheit auch in Ost- und Mitteleuropa in Erfüllung. Der 17. Juni 1953 muss sichtbarer Teil des europäischen Gedenkens und Erinnerens werden.

Von der SED-Führung wurde der 17. Juni 1953 erst als „imperialistischer Putschversuch“ umgedeutet und danach tabuisiert. In der Bundesrepublik Deutschland wurde der 17. Juni als Tag der Deutschen Einheit zum nationalen Gedenktag erklärt. Das überzeugte Festhalten an diesem Gedenktag in der langen Zeit der Teilung unseres Landes, insbesondere durch die politischen Kräfte von CDU/CSU, hat die Hoffnung auf die deutsche Einheit und die gesamtdeutsche Erinnerung an dieses Ereignis erhalten. Mit der friedlichen Revolution von 1989/1990 haben die mutigen Demonstranten im Osten Deutschlands endlich das erreicht, was 1953 noch gewaltsam verhindert wurde: den Rücktritt der Mitglieder von Politbüro und Zentralkomitee der SED, freie Wahlen und die deutsche Einheit. Die gescheiterte Revolution von 1953 führte mit dem Fall der Berliner Mauer am 9. November 1989 doch noch zum Erfolg und am 3. Oktober 1990 mit der Deutschen Einheit zur unverhofften Erfüllung.

Es bleibt ein gemeinsamer Auftrag von Politik und Zivilgesellschaft, unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung in einem vereinten Deutschland und Europa zu festigen und zu verteidigen. Dafür steht der 17. Juni 1953 mahrend. Er ist Teil der Geschichte unserer Parlamentarischen Demokratie. Versuchen, den 17. Juni 1953 auch heute noch als sozialen Protestmarsch zu verharmlosen oder ihn mit aktuellen Protestbewegungen in Deutschland zu vergleichen, müssen demokratische Kräfte geschlossen und entschlossen entgegentreten.

Der 17. Juni 1953 steht symbolisch für alle Menschen in diktatorischen und autoritären Staaten, die sich unter der Gefahr für das eigene Leben für Freiheit und Menschenrechte einsetzen. Ihr mutiger Widerstand zeigt, dass es nur dann einen freiheitlichen, demokratischen Staat geben kann, wenn er die Legitimation durch das Volk hat.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel auf,

- den 70. Jahrestag des DDR-Volksaufstandes am 17. Juni 2023 zum Anlass zu nehmen, um öffentlich die Widerstands- und Oppositionsbewegung in der SED-Diktatur zu würdigen und ihrer Opfer zu gedenken;
- den 17. Juni 1953 als historisches Ereignis in der gesamtdeutschen und europäischen Erinnerungskultur zu stärken;
- die Aufarbeitung der kommunistischen Diktatur in der DDR und in Mittel- und Osteuropa von 1945 bis 1990 stärker in den Fokus der Erinnerungskultur zu stellen;
- dass „Forum für Opposition und Widerstand gegen die kommunistische Diktatur 1949-1990 - Engagement für Freiheit und Demokratie“ als national bedeutsames Vorhaben anzuerkennen und auf der Machbarkeitsstudie aufbauend mit Priorität zu realisieren;
- schnellstmöglich die Voraussetzungen zu schaffen, um das vom Deutschen Bundestag beschlossene Mahnmahl für die Opfer kommunistischer Gewalt Herrschaft am geplanten Standort am Spreebogen in Berlin-Mitte noch in dieser Legislaturperiode zu errichten;
- die Bedeutung des Jahres 1968 mit ihren Protesten, die zum großen Teil von der Jugend getragen wurden, als Schlüsseljahr für die Konfliktgeschichte der DDR zu stärken;
- den Bau des Freiheits- und Einheitsdenkmals auf der Berliner Schlossfreiheit zügig zu realisieren und Verzögerungen auszuräumen;
- den im Koalitionsvertrag zugesagten bundesweiten Härtefallfonds für Opfer der SED-Diktatur noch im Jahr 2023 einzurichten;

- im regelmäßigen Austausch mit den Opferverbänden und der SED-Opferbeauftragten beim Deutschen Bundestag Verbesserungen und Erleichterungen bei der Rehabilitation und sozialen Versorgung gesetzgeberisch umzusetzen, ein Zweitantragsrecht zu verankern und die geplante Erweiterung der Opfergruppen umzusetzen;
- SED-Opferrenten zu dynamisieren, die Bedürftigkeitsklausel abzuschaffen, Witwen-Regelungen bei Opferrenten zu implementieren und die bisherige Absenkung der Ausgleichszahlung beim Renteneintritt abzuschaffen;
- zu gewährleisten, dass gesundheitliche Folgeschäden von Opfern in den Anerkennungsverfahren besser berücksichtigt werden;
- die bundesweite Projektarbeit der Bundesstiftung Aufarbeitung sowie die Arbeit des DDR-Zeitzeugenbüros und der Robert-Havemann-Gesellschaft dauerhaft sicherzustellen;
- die geplante Selbstbewirtschaftungsmittel-Mittelkürzung bei der Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, welche auch die Dauerausstellung im Zeitgeschichtlichen Forum Leipzig betreffen soll, umgehend zurückzunehmen;
- die Rekonstruktion vernichteter Stasiunterlagen fortzusetzen und dafür KI-unterstützende Verfahren schneller umzusetzen;
- den Widerstand von Frauen in der DDR stärker in der Gedenkkultur zu würdigen und konzeptionelle Planungen für eine Gedenkstätte im ehemaligen Frauengefängnis in Hoheneck zu unterstützen;
- die Forschungsförderungen des Bundes im Bereich der Forschung zur DDR entgegen den aktuellen Planungen der Bundesregierung nicht zu kürzen. Die in der ersten Förderrunde bereitgestellten Mittel für die „Forschungsverbünde DDR-Geschichte“ gilt es auch in der zweiten Förderrunde in mindestens gleicher Höhe zur Verfügung zu stellen und die Arbeit der Forschungsverbünde zur Geschichte der DDR über die zweite Förderphase hinaus sicherzustellen;
- aufbauend auf den Erkenntnissen der Vorstudie der Humboldt-Universität zur „Zwangsarbeit politischer Häftlinge in Strafvollzugseinrichtungen der DDR“ eine umfangreiche wissenschaftliche Hauptstudie anzuschließen;
- die ehemalige Untersuchungshaftanstalt in der Keibelstraße in Berlin-Mitte als wichtigen Erinnerungs- und Lernort im Zusammenwirken mit dem Land Berlin weiterzuentwickeln;
- die pädagogische und digitale Bildungsarbeit in Gedenkstätten, Museen, Erinnerungsorten und der Bundeszentrale für Politische Bildung zu stärken, um die Unterschiede von Diktatur und Demokratie bildhaft zu vermitteln;
- sich mit aller Kraft auf diplomatischen und informellen Wegen für die Freiheit von weltweit inhaftierten Oppositionellen einzusetzen;
- in enger Absprache mit den Ländern den Austausch mit der Kultusministerkonferenz zu suchen, um die Wissensvermittlung über die DDR-Diktatur in den Schulen zu evaluieren und zu intensivieren.

Berlin, den 13. Juni 2023

Friedrich Merz, Alexander Dobrindt und Fraktion

Vorabfassung – wird durch die lektorierte Fassung ersetzt